

# ANGEKOMMEN – UND DANN?

**Heft I – 2015**

**ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.**



## ÜBER UNS

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist eine seit 1991 bestehende Flüchtlingsinitiative mit einem vom Finanzamt als besonders förderungswürdig anerkannten Förderverein. Schwerpunkte unserer Arbeit sind sowohl Begleitung und Beratung von einzelnen Flüchtlingen als auch der Einsatz für die Verbesserung von Aufnahme- und Lebensbedingungen für Migranten sowie die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens der Kulturen in Deutschland.

Pro Jahr begleiten wir über 600 Flüchtlinge aus Essen und Umgebung durch Beratung im asyl-, ausländer- und sozialrechtlichen Bereich. Dabei helfen uns drei Angestellte und mehrere ehrenamtliche Mitarbeiter. Neben dieser konkreten Beratungsarbeit organisieren wir verschiedene Gruppenangebote für Flüchtlinge, um deren Integration zu erleichtern. So bieten wir zum Beispiel eine interkulturelle Volleyballgruppe und ein Frauenfrühstück an. Hinzu kommt neuerdings eine Selbsthilfegruppe für iranische und afghanische Frauen.

# INHALT

<b>Brennpunkt – was uns vor die Füße fiel.....</b>	<b>Seite 5</b>
Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt .....	Seite 6
<b>Guter Rat – auch für schwierige Fälle .....</b>	<b>Seite 10</b>
Was macht eigentlich ProAsyl? .....	Seite 11
Beispiele aus dem Beratungsalltag.....	Seite 13
Nach 25 Jahren endlich angekommen .....	Seite 16
Ein Tag Kirchenasyl hält Familie dauerhaft zusammen .....	Seite 19
Verfahrensberatung im Opti-Park – aller Anfang ist schwer.....	Seite 21
WiE – Willkommen in Essen: die Arbeit der Kleiderkammer im Optipark .....	Seite 25
<b>Flucht und Asyl – öffentlich gemacht .....</b>	<b>Seite 28</b>
„Miteinander leben – miteinander reden“, – Dies ist das Motto der Interkulturellen Woche 2015 in Essen vom 14. – 20. September.....	Seite 29
PEGIDA, HOgeSA und Konsorten? – Brauchen wir nicht! .....	Seite 30
Gesichter bei Pro Asyl .....	Seite 37



## UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN IN DER STADT

Im September 2013 lehnte der Rat das von der Sozialverwaltung vorgeschlagene „Rahmenkonzept“ zur Unterbringung von Flüchtlingen in Essen ab. Dies sah eine kommunale Erstaufnahmeeinrichtung mit Essensversorgung und Hygieneartikeln als Sachleistung vor, sowie Kleidung über ein Gutscheinsystem und verlängertem Verbleib von Flüchtlingen (vorwiegend Roma aus Serbien und Mazedonien).

Stattdessen bestätigte der Rat die für Essen lange beschlossenen Unterbringungsstandards: Dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder wohnungsähnlichen Übergangsheimen (8qm/Person) sowie Barleistungen anstelle von Sachleistungen. Es wurde allerdings eingeräumt, dass Behelfseinrichtungen eingerichtet und zeitlich begrenzt belegt werden, da in den aktuellen

Unterkünften keine freien Plätze mehr vorhanden waren.

Vielmehr passiert ist seitdem nicht. Die Verwaltung und ein interfraktioneller Arbeitskreis prüfen mögliche neue Standorte für Übergangsheime und ein langfristiges Konzept zur Flüchtlingsunterbringung. Aus anfangs zwei Behelfseinrichtungen sind inzwischen fünf geworden. Dort leben die Flüchtlinge unter schwierigen Bedingungen in den Klassenräumen ehemaliger Schulen. Aufgrund der Belegungsdichte ist eine Privatsphäre für den Einzelnen nicht gegeben.

Zumindest ein Betreuungskonzept unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände wurde ausgearbeitet, und die Stellen bei Caritas und Diakonie für die Betreuung von Flüchtlingen konnten ausgebaut werden. Das Auszugsmanagement und vermehrte



Kooperation mit Wohnungsgesellschaften ermöglicht es einigen Flüchtlingen, noch vor Ablauf eines Jahres (wie früher in Essen üblich) in Privatwohnungen zu ziehen. Dies ist grundsätzlich positiv zu bewerten, allein die Kriterien sind wenig durchdacht: Denn ob jemand in Privatwohnungen ziehen darf, ist allein von seiner aufenthaltsrechtlichen Prognose abhängig.

Serbien und Mazedonien gehören seit kurzer Zeit zu den


sogenannten sicheren Herkunftsstaaten und die Anerkennungsquote im Asylverfahren ist verschwindend gering, also wird es in der Praxis für kaum einen Flüchtling aus diesen Ländern möglich sein, eine Privatwohnung anzumieten. Aus den ursprünglich angedachten drei Monaten Verweildauer in einer kommunalen Erstaufnahme sind nun sechs Monate oder mehr in einer städtischen Behelfseinrichtung geworden – Ende offen.

Aus unserer Sicht kann nicht allein die aufenthaltsrechtliche Perspektive ausschlaggebend sein für die Möglichkeit auf menschenwürdige Unterbringung. Zu oft bleiben auch Flüchtlinge, die im Asylverfahren erfolglos sind, viele Jahre oder auch dauerhaft in Essen, so dass es fast anmaßend ist, allein vom Herkunftsland auf die Perspektive des Aufenthaltes zu schließen. Das Auszugsmanagement zu verstärken, ist ein wichtiger Ansatz für

eine humane Unterbringung von Flüchtlingen. Da die Stadt selbst im neuen Konzept als Mieter auftritt, könnten auch Flüchtlinge mit unsicherer Aufenthaltsperspektive in privatem Wohnraum unterkommen. Im Falle einer freiwilligen oder unfreiwilligen Ausreise stehen Nachmieter ständig auf der Warteliste. Die aktuelle Unterbringungspolitik führt dazu, dass gerade die Schwächsten – die Kinder – zu großer Zahl in unhaltbaren Zuständen







auf engstem Raum leben müssen.

Durch eine Neuausrichtung des Auszugsmanagements könnten vorhandene Plätze in regulären Übergangsheimen frei werden. Zusätzlich ist es angesichts der Entwicklung und Prognosen von Flüchtlingszahlen notwendig, dass endlich langfristig Standorte für weitere Übergangsheime beschlossen werden. Wir hoffen, im dritten Jahr der Diskussion endlich zu einer zumutbaren Lösung zu kommen.

Die Behelfseinrichtungen müssen geschlossen und dauerhafte Standorte endlich gebaut werden.



## WAS MACHT EIGENTLICH PROASYL?

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen hat im Jahr 2014 insgesamt 1.587 Beratungen mit 618 Personen (326 männlich, 292 weiblich) durchgeführt. Jede Person nahm also durchschnittlich 2,6-mal Beratung in Anspruch.

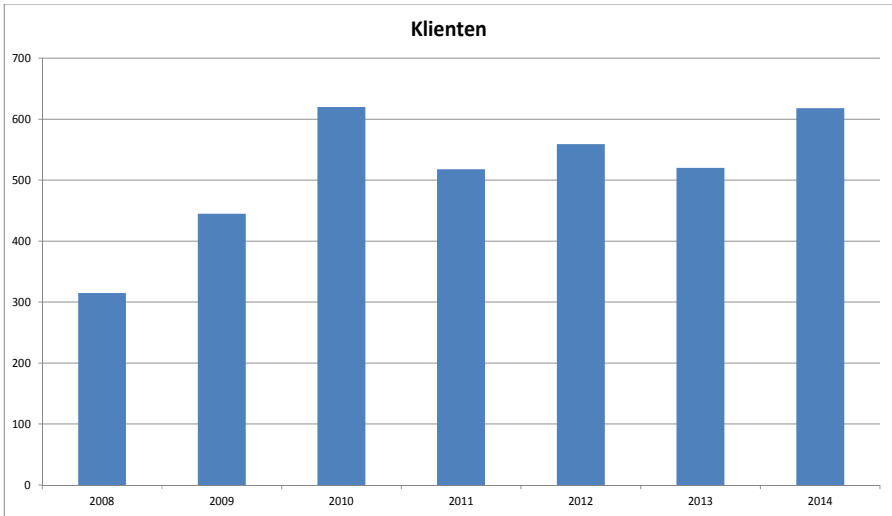
Unser Verein bleibt nach wie vor die einzige spezialisierte Beratungseinrichtung für Flüchtlinge in der Großstadt Essen. Themen der Beratungsgespräche sind daher Fragen zum Aufenthaltsrecht (z.B. Asylverfahren, Familienzusammenführung, Aufenthaltsverfestigung), aber auch die psychosoziale Situation (Unterbringung, Gesundheit, Partnerschaft und Familie), Fragen zur sozialen Sicherung und zu Bildung und Ausbildung.

Die Hauptherkunftsländer der Ratsuchenden in unserer Beratungsstelle waren im Jahr

2014 Iran, Nigeria, Ghana, Irak, Afghanistan, Syrien, Serbien, Türkei und Libanon.

Die überwiegende Zahl der Klienten hatte eine Aufenthaltserlaubnis (297 Personen), 116 Personen waren in Duldung, 72 Personen befanden sich mit Aufenthaltsgestattung im Asylverfahren. Bei den Übrigen handelte es sich entweder um Personen mit verfestigtem Aufenthalt oder um Menschen, die ohne Aufenthaltstitel (34 Personen) oder mit Fiktionsbescheinigung oder Visum zu uns kamen.

Für die Jahre 2008 – 2014 ergeben sich folgende Klientenzahlen:



Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Beratungen insgesamt weitaus höher ist, da die einzelnen Klienten öfter in die Beratung kommen.

## BEISPIELE AUS DEM BERATUNGSALLTAG

Frau A. hat nach Jahren erfolgreich einen Rehabilitationsaufenthalt für ihre behinderte Tochter in einer Klinik durchgeführt. Sie hat noch drei weitere kleine Kinder und möchte trotzdem ihre Tochter in die Klinik in Bayern begleiten. Wir halfen beim Ausfüllen der umfangreichen Formulare und beim Schriftverkehr.

Eine junge Frau und ihre Mutter erkundigen sich, wie sie den vom IS bedrohten Verwandten im Irak helfen können, auszureisen und eventuell nach Deutschland zu kommen. Leider konnten wir nicht helfen.

Einem jungen Mann aus Georgien wurde dort wegen seiner sexuellen Orientierung vom Arbeitgeber und vom Vermieter gekündigt. Er ist über die Schweiz in die Bundesrepublik gelangt und erkundigt sich bei ProAsyl nach den Möglichkeiten,

in Deutschland zu bleiben, da er in der Schweiz dafür keine Möglichkeit sieht. ProAsyl machte ihm Mut, mit neu zusammengestellten und übersetzten Dokumenten, die seine Diskriminierung belegen, einen Asylantrag in der Schweiz zu stellen.

Auf dem Gang sitzen zwei Damen, eine mittleren Alters und eine ältere in sehr gepflegten schwarzen Gewändern. Endlich an der Reihe, erzählt die jüngere, dass Frau Al S., die ältere, vor drei Monaten mit einem Besuchervisum nach Deutschland eingereist sei, um ihre hier lebende Tochter zu besuchen, wie schon dreimal zuvor. Als das Visum ablief, habe sie nicht zurückreisen können, weil soeben die ägyptische Regierung den letzten Grenzübergang zum Gazastreifen dicht gemacht hatte. Nun könne sie nicht zurück in die Heimat, wo ihre vier anderen Töchter lebten. In ihrer Verzweiflung sei sie schon bei

der Ausländerbehörde gewesen. Dort habe man ihr allen Ernstes vorgeschlagen, einen Flug nach Tel Aviv zu nehmen. Frau Al S. brach in Tränen aus und wir fragten uns, ob die Mitarbeiter der Ausländerbehörde von allen Informationskanälen des Medienzeitalters abgeschnitten waren.

Jedenfalls riet ProAsyl ihr, einen Asylantrag zu stellen, um sich wenigstens vorübergehend in Deutschland legal aufzuhalten. Dann müsse sie auch nicht längere Zeit in einer Erstaufnahmeeinrichtung

verbringen, sondern könnte nach ein paar Tagen wieder bei ihren Verwandten wohnen. Eine halbjährige Versicherung hatte ihre jüngere Bekannte, ebenfalls Palästinenserin und schon seit 20 Jahren in Deutschland, ihr bereits besorgt. Damit war die größte Not abgewendet, aber die Verzweiflung ließ sie nicht los, zumal nach dem letzten Gaza-Krieg im Sommer 2014 („Operation Protective Edge“). Wahrscheinlich geht es ihr erst besser, wenn die Grenzübergänge zum Gazastreifen wieder geöffnet werden und die Bevölkerung sich ständig mit allem Notwendigen



versorgen kann. Deutschland wird dabei nicht helfen.

Die Mutter zweier Kinder aus Sri Lanka kam mehrfach in die Beratung, weil das Arbeitsamt ihr die Jobannahme wegen „erfolgreicher“ Vorrangprüfung verweigerte. Sie hatte in ihrer Heimat den Beruf der Köchin erlernt. Ihr Onkel, der bereits seit vielen Jahren zwei Restaurants in Deutschland betreibt, wollte ihr eines davon überschreiben. Das Arbeitsamt war der Ansicht, dass auch eine Deutsche oder andere EU-Bürgerin diesen Job machen könne. Desgleichen mit einer Stelle in einem Geschäft mit indischen Importwaren. Auch hier konnte sie schriftlich nachweisen, dass sie nur wegen ihrer Fähigkeiten als Köchin traditioneller indischer und tamilischer Gerichte für diese Stelle geeignet war. Aber die Behörde zeigte kein Einsehen, obwohl europäische Bürger wahrscheinlich höchst selten der indisch-tamilischen Gewürze und anderer landestypischer

Zutaten derart kundig sind, um diese Stelle auszufüllen. Vorausgesetzt, dass sie sich dafür überhaupt bewerben würden.

Ihr älterer Sohn geht bereits erfolgreich in eine deutsche Schule und hat Spaß daran. Auch sie war so verzweifelt, wie viele unserer Klienten, dass sie bei Schilderung ihrer Probleme und ihrer Perspektiven in Tränen ausbrach. Wie schade, wenn sich Behörden bei solch fleißigem Integrationswillen querstellen und Gesetze die Integration verhindern.

Ein siebzehnjähriger Schüler kam in die Beratung wegen einer Anklage wegen Schwarzfahrens und Urkundenfälschung. Er hatte den besonders blassen Stempel auf seinem Schoko-Ticket mit Kugelschreiber nachgemalt, weil dieser kaum zu erkennen war. ProAsyl konnte den Richter schriftlich zum Einlenken bewegen, und der Jugendliche hatte keine Vorstrafen wegen Nichtigkeiten zu befürchten.

## NACH 25 JAHREN ENDLICH ANGEKOMMEN

Im Alter von 10 Jahren kam Frau Mirov\* mit Ihren Eltern nach Essen. Wir schreiben das Jahr 1989.

Fünf Jahre später, 1994 schließlich, wurden die Asylanträge der Familie unanfechtbar abgelehnt und die Abschiebung angedroht. Seitdem lebten Frau Mirov und die drei Kinder, die sie seitdem geboren hat, in Duldung. Aufgrund der Geburten und zunehmender psychischer Erkrankung wurden die Duldungen immer wieder um drei Monate verlängert – bis Ende 2013, als die Ausländerbehörde sie zur Ausreise aufforderte und die Abschiebung androhte.

In ihrer Not kam Frau Mirov in unsere Beratung und wir beschlossen, alles zu tun, um diese Unmenschlichkeit abzuwenden. Daher stellten wir beim Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge einen Wiederaufgreifens- bzw. Asyl-Folgeantrag. Wir begründeten diesen Antrag mit dem fast 25-jährigen Aufenthalt in Deutschland und vor allem mit der schweren Erkrankung, die unzweifelhaft auch auf den unsicheren Aufenthaltsstatus zurückzuführen ist. Wir fügten auch mehrere ärztliche Atteste bei. Außerdem verwiesen wir auf die Tatsache, dass die notwendige lebenslange Therapie in Serbien mit Sicherheit nicht durchgeführt werden könne – besonders für Angehörige der Volksgruppe der Roma.

Am 10.12.2014 geschah das Außergewöhnliche:

Das Bundesamt schloss sich unserer Argumentation an, hob die Abschiebeandrohung von 1994 auf und stellte ein

---

\* Name geändert





Abschiebungsverbot nach § 60.7 des Aufenthaltsgesetzes aus humanitären Gründen fest.

Nach 25 Jahren ist Frau Mirov endlich in Deutschland angekommen und hat nun eine positive Lebensperspektive in ihrer „neuen“ Heimat.

## EIN TAG KIRCHENASYL HÄLT FAMILIE DAUERHAFT ZUSAMMEN

Frau K. lebt seit ihrer Kindheit in Deutschland. Sie war mit ihren Eltern und Geschwistern Anfang der 1990er Jahre aus Mazedonien eingereist. Seit 1997 hatte sie eine befristete Aufenthaltserlaubnis gehabt. Im Jahr 2008 lernte sie ihren Ehemann kennen, der sich damals zum zweiten Mal in Deutschland aufhielt. Als Roma aus dem Kosovo betrieb er zu dieser Zeit ein Asylverfahren. Das junge Paar verstand sich gut, aus der Beziehung wurde im März 2009 der Sohn Orhan geboren.

Doch das Glück wurde auf eine harte Probe gestellt, als der Asylantrag des Mannes wenig später abgelehnt wurde und auch die Klage dagegen erfolglos blieb. Um eine Abschiebung zu vermeiden, entschloss Herr K. sich zur freiwilligen Ausreise. In dem Glauben, eine Eheschließung würde bewirken,

dass die Familie gemeinsam in Deutschland bleiben kann, machte Frau K. sich 2010 auf, um im Kosovo standesamtlich zu heiraten. Dort hatte man ihrem Mann aber das Geld, das er über ein Rückkehrprojekt bekommen hatte, direkt nach Abholung bei der Bank gestohlen, und er stand mittellos da. Das Haus der Familie war von Albanern besetzt worden, so dass er auch keine Bleibe hatte. Seine eigene Familie war schon lange nach Amerika und in andere europäische Länder geflohen.

Das Visum zur Familienzusammenführung wurde von der deutschen Botschaft abgelehnt, da Frau und Kind in Deutschland nicht den richtigen Aufenthaltstitel hatten, um den Familienvater zu sich zu holen. Die Botschaft und die Ausländerbehörde wiesen darauf, dass die Familie ja

in Mazedonien, Serbien oder im Kosovo leben könnte. Dies erschien den beiden unmöglich, – und Herr K. machte sich erneut nach Essen auf, um bei Frau und Sohn zu sein. Die Wiederaufnahme seines Asylantrags erlaubte ihm zwar, sich für kurze Zeit in Essen anzumelden, aber eine Perspektive auf ein dauerhaftes Bleiberecht hatte er damit nicht und wurde fortan geduldet.

Anfang 2013 war es dann soweit: Herr K. bekam einen Brief von der hiesigen Ausländerbehörde, dass er von seiner Familie getrennt und abgeschoben werden sollte. Damit kam er zu ProAsyl. Die einzige Möglichkeit, die noch offen war, war die Einreichung einer Petition beim Landtag. Dies versuchten wir, doch die Behörde blieb stur und weigerte sich, das Petitionsverfahren abzuwarten.

Die evangelische Kirchengemeinde Essen-Haarzopf nahm

ihn am selben Tag ins Kirchenasyl und teilte dies der Ausländerbehörde schriftlich mit. Da ließ man sich erweichen und sagte in der Folge zu, das Petitionsverfahren abzuwarten. Nach zwei Tagen voller Angst im leerstehenden alten Gemeindehaus der Kirche konnte Herr K. wieder nach Hause, und der Petitionsausschuss empfahl mit einer positiven Stellungnahme die Einleitung eines Härtefallverfahrens bei der Härtefallkommission.

Dies setzten wir direkt um, wobei die größte Hürde die mangelnde Lebensunterhaltssicherung war. Herr K. fand zwar mehrmals Arbeitsstellen, ihm wurde aber jedes Mal die Arbeitserlaubnis dafür verweigert. Frau K. hatte erst ein, dann zwei Jobs, und noch immer mussten ergänzend Leistungen vom Sozialamt bezogen werden. Doch wenig später stellte sich heraus, dass die Kommission sich nicht mit dem Anliegen der Familie

befassen würde, weil ein früherer Rechtsanwalt bereits erfolglos ein solches Verfahren betrieben hatte. Dies gilt als Ausschlussgrund.

Nach so viel Pech wendete sich der Fall zum Guten. Frau K. schaffte es, über eine dritte von ProAsyl vermittelte Arbeitsstelle den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie komplett zu sichern. So konnte ihr endlich – nach zwanzig Jahren in Deutschland – eine unbefristete Niederlassungserlaubnis

für Deutschland erteilt werden. Damit war der Rechtsanspruch auf Familiennachzug gesichert. Deshalb machte Herr K. sich erneut auf in sein Heimatland, um dann über die deutsche Botschaft das Visumverfahren nachzuholen.

Zwei Wochen später war er zurück, und ihm konnte endlich eine Aufenthaltserlaubnis sowie eine Arbeitserlaubnis erteilt werden.

Bald wird Frau K. eingebürgert.

## VERFAHRENSBERATUNG IM OPTI-PARK – ALLER ANFANG IST SCHWER

Wenn Flüchtlinge ihren Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt haben, kommen Sie in eine sogenannte Erstaufnahmeeinrichtung. Im August 2014 wurde die Not-Erstaufnahmeeinrichtung im Opti-Gewerbepark eröffnet. Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen sind die Kapazitäten der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen in NRW ausgeschöpft. Das Land

NRW musste sich nach anderen Objekten umsehen, um eine Unterbringung der Flüchtlinge zu gewährleisten.

Die Stadt Essen hat dem Land NRW das ehemalige Krankenhausgebäude im Opti-Gewerbepark als Not-Erstaufnahmeeinrichtung zur Verfügung gestellt, wo bis zu 500 Flüchtlinge nun für die ersten Tage untergebracht werden, bis sie entweder



in reguläre Erstaufnahmeeinrichtungen, in zentrale Unterbringungseinrichtungen oder in andere Kommunen weiter verteilt werden. Hier werden sie auch registriert, erstversorgt und in geringem Umfang medizinisch versorgt.

Aufgrund unserer jahrelangen Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit war es uns ein Anliegen, den Flüchtlingen, die neu in Deutschland ankommen, eine Verfahrensberatung anzubieten. Verfahrensberatung bedeutet, dass wir die Menschen darüber aufklären, was genau ein Asylantrag ist, und sie auf ihre Interviews vorbereiten, welche das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit ihnen durchführt. In diesen Interviews werden Sie vor allem über ihre Fluchtgründe und Fluchtwege befragt.

Leider wurde uns anfangs der Zugang zu der Erstaufnahmeeinrichtung im Opti-Park

verwehrt, und dies, obwohl die Verfahrensberatung auf ehrenamtlicher Basis von uns angeboten wurde. Aufgrund der nicht vorhandenen Verfahrensberatung haben immer mehr Flüchtlinge aus der Erstaufnahmeeinrichtung den Weg zu uns in die Geschäftsstelle gefunden.

Nach mehreren Gesprächen mit der Bezirksregierung Arnsberg haben wir die Zusage bekommen, unser Beratungsangebot ab dem 01.10.2014 ehrenamtlich zur Verfügung stellen zu können. In den folgenden Wochen waren wir einmal wöchentlich vor Ort. Zeitgleich haben wir zwei Stellen im Rahmen des Förderprogramms für soziale Beratung von Flüchtlingen für die Verfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung beantragt. Nachdem die Mittel für die Flüchtlingsarbeit des Landes aufgestockt wurden, konnten wir ab Dezember eine und ab Januar eine zweite Stelle

für die Verfahrensberatung vor Ort besetzen und sind seitdem regelmäßig dort.

Die Erfahrungen, die wir am Anfang im Opti-Park gemacht haben, waren alles andere als positiv. Es gab zahlreiche Probleme, von der Reinigung über die Essensversorgung bis hin zur Auszahlung der Taschengelder. Teilweise haben Gruppen von 20 Personen unsere Beratungsstelle aufgesucht, um sich über die Situation im Opti-Park zu beschweren.

Durch das mediale Interesse und die bekannt gewordenen Missstände in verschiedenen Erstaufnahmeeinrichtungen sind Maßnahmen seitens der Landesregierung ergriffen worden, die zu deutlichen Verbesserungen geführt haben. Die Erarbeitung von Standards war ein wichtiger Aspekt, der zu einer Aufstockung des Personalschlüssels, zum Austausch des Sicherheitsdienstes und zur

Verbesserung der Unterbringungssituation insgesamt geführt hat.

Darüber hinaus wurde ehrenamtliche Hilfe zugelassen. So konnte die Initiative WiE (Willkommen in Essen) schnell eine gut funktionierende Kleiderkammer aufbauen (siehe unten).

Trotz alledem ist der Opti-Park eine Noteinrichtung, bei der nicht alle Standards umgesetzt werden können. Die Situation rund um die Aufnahme von Flüchtlingen in NRW und bundesweit ist weiterhin erschreckend. Oft müssen Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Deutschland in Turnhallen unterkommen, sie werden von einer Aufnahmeeinrichtung zur nächsten weiter geleitet, Familien werden getrennt.

Es gilt nun, den Personalschlüssel bei den beteiligten Behörden deutlich aufzustocken und weitere Aufnahmeeinrichtungen zu

etablieren, damit die regulären Abläufe im Asylverfahren wieder funktionieren und beschleunigt werden können.

Wir beobachten alle Entwicklungen weiterhin kritisch und sind zuversichtlich, dass die Standards zumindest in der neu geplanten Erstaufnahmeeinrichtung in Fischlaken vollständig umgesetzt werden.



## WIE – WILLKOMMEN IN ESSEN: DIE ARBEIT DER KLEIDERKAMMER IM OPTIPARK

Alles fing damit an, dass Benjamin Melzer im September 2014 einen Kinderwagen für eine Flüchtlingsfamilie spenden wollte. Allerdings fand er dazu keine passende Anlaufstelle in Essen, und auch in der Landeseinrichtung im Opti-Park fehlte es an einer organisierten Annahme und Verteilung von Sachspenden. Aber die ehrenamtlichen Helfer von „Willkommen in Mülheim“, die in der Nachbarstadt ein Sozialkaufhaus für dezentral untergebrachte Flüchtlinge organisieren, konnten ihm weiterhelfen. Auf die Frage, ob es in Essen nicht auch so etwas gebe, bekam er die Antwort: „Gibbet nich, musste selber machen.“

Benjamin Melzer gründete die Facebookgruppe „WiE Willkommen in Essen“, um passende Räumlichkeiten zu finden. Über die Gruppe fanden sich auch schnell Helfer für den Aufbau eines solchen Warenhauses – aber leider noch keine Räume.



Das Warenhaus



Dann bot die Mülheimer Gruppe an, ca. 400 Umzugskartons Kleidung als „Starthilfe“ nach Essen zu spenden. Und so kam Bewegung in die Sache: schließlich teilte die Stadtverwaltung mit, dass in der Not-Erstaufnahmeeinrichtung des Regierungsbezirks Arnsberg im Opti-Park ein solches Warenhaus eingerichtet werden könne. Auch die Betreiber der Not-Erstaufnahmeeinrichtung, die Firma European Homecare (EHC), gab am selben Tag noch grünes Licht. Und hier müssen nicht die Empfänger zur Ware kommen, sondern die Ware zum Empfänger.

Mit Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes, das LKWs und Arbeitskraft zur Verfügung stellte, konnten knapp 400 Kartons mit Sachspenden und einige Regale von Mülheim nach Essen umziehen. Zwei Wochen nach dem Umzug der Spendenkartons konnte das Warenhaus am 02. November 2014 eröffnet werden.

Dadurch, dass die Bewohner oft nur einige Tage im Opti-Park verweilen, ist die Fluktuation sehr hoch, und es müssen täglich viele Menschen mit Sachspenden versorgt werden. Sie bestehen aus passender Bekleidung, Koffern, Kinderwagen und Spielzeug.

Auch die Mitarbeiter von European Homecare (EHC), wie Hausmeister, Sozialarbeiter und Security unterstützen tatkräftig den Betrieb des Warenhauses. WiE ist eine Gruppe von rund 15 bis 20 Personen, vom Studenten bis zum Rentner, die in Wechselschichten ehrenamtlich das Warenhaus betreibt. Da viele der Helfer berufstätig sind, ist die Besetzung der Schichten unter der Woche immer etwas schwieriger. Seit einiger Zeit hat der Betreiber eine fest angestellte Mitarbeiterin frei gestellt, damit der Betrieb des Warenhauses immer aufrecht erhalten bleiben kann. Die meisten Spenden gehen

erfahrungsgemäß samstags bei uns ein.

Natürlich treffen wir uns auch mal privat, um offene Fragen, Probleme, Abläufe etc. zu besprechen – oder einfach

mal zum Essen um sich auszutauschen. Neue Helfer sind jederzeit herzlich willkommen, besonders für die stark frequentierten Samstage. Bei Interesse senden Sie uns bitte eine Mail an [willkommen\\_in\\_essen@gmx.de](mailto:willkommen_in_essen@gmx.de).





„MITEINANDER LEBEN – MITEINANDER REDEN“, –  
DIES IST DAS MOTTO DER INTERKULTURELLEN WOCHE  
2015 IN ESSEN VOM 14. – 20. SEPTEMBER

Wieder dient die Arche als „Hingucker“, Treffpunkt und Bühne, dieses Mal zentral auf dem Kennedy Platz. An drei Tagen (18. – 20.9.) laden neben einem bunten Bühnenprogramm die Themenzelte „Jüdisch-muslimische Begegnung“, „Flüchtlinge in Essen willkommen heißen“, „Geduldete in Essen“ und „Arche Dialoge“ zu Gesprächen ein. Umrahmt wird die Arche vom „Gourmet Quadrat International“: Vereine bieten unter Koordination des Restaurants „Church“ Spezialitäten der vielfältigen Community an.

Besondere Veranstaltungen laden an andere Orte ein:

14.09. ProAsyl zeigt um 20 Uhr den Dokumentarfilm „Willkommen auf Deutsch“ im Filmstudio, ehemaliges



Glückauf-Kino in der Rütenscheider Straße.  
im Anschluss findet eine Podiumsdiskussion statt unter Einbeziehung des Publikums.

15.09. Kulturfest Weststadthallen mit Arbeitskreis Jugend

16.09. Willkommensfest auf Zeche Carl

17.09. Begegnungsfest mit Kultur in der Alten Synagoge

## PEGIDA, HOGESA UND KONSORTEN? — BRAUCHEN WIR NICHT!

Die Pegida-Anhänger demonstrieren gegen die vermeintliche „Islamisierung Europas“. Woher soll sie denn kommen? Von den rund 4 Millionen Muslimen, die unter einer Bevölkerung von 80 Millionen leben? Auch die Abneigung gegen Flüchtlinge scheint hier eine ihrer Wurzeln zu haben. Offiziell haben „die Spaziergänger“ natürlich nichts gegen Flüchtlinge, das betonen sie ausdrücklich. Nur vor der eigenen Haustür möchten sie sie nicht haben.

Zum Vergleich: der Libanon hat bei einer Gesamtbevölkerung von etwa vier Millionen Menschen im vergangenen Jahr ungefähr 1,2 Millionen Flüchtlinge aus den vom IS umkämpften Gebieten im Irak und Syrien aufgenommen; die Türkei bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 80 Millionen, vergleichbar mit Deutschland, immerhin eine Million. Hier das Verhältnis für die „patriotischen“ Europäer: in Deutschland als größter Volkswirtschaft Europas wurden im Jahre 2014 nur gut 173.000



Quelle: *Essen stellt sich quer*

Asylerstanträge und knapp 30.000 Folgeanträge gestellt. Demnach ist Deutschland also gar kein Einwanderungsland! Das kann man von ganz Europa sagen, denn die meisten Flüchtlinge verbleiben im eigenen Land oder ziehen in ein Nachbarland.

Und dass es sich bei den Flüchtlingen eben nicht um die gewaltbereiten Islamisten handelt, vor denen sie aus ihren Heimatländern fliehen, müsste sich doch überall herumgesprochen haben. Aber ausgerechnet in den Winkeln Deutschlands mit der niedrigsten Zuwanderungsquote herrscht die größte Fremdenangst!

Nachdem nun die Industrie endlich Druck auf die Regierung gemacht hat, weil sie große Nachwuchssorgen hat, wurde das Aufenthaltsgesetz im November 2014 geändert, sodass die Immigranten jetzt in der Duldungsphaseschoneherarbeiten dürfen. Wenn ihnen jetzt noch

früher niederschwellige Sprachkurse angeboten würden, wie es hier und da schon in Privatinitiative geschieht, wäre das nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die deutsche Volkswirtschaft ein echter Gewinn.

Zu den Ursachen: der Extremismus-Forscher Hajo Funke von der Freien Universität Berlin hat festgestellt, dass es oft dieselben verunsicherten jungen Leute sind, vornehmlich junge Männer, die in radikale Orientierungen abdriften. Sie gehören häufig zu den „Losern“ der Gesellschaft: jung, manchmal abgebrochene Schullaufbahnen, Perspektivlosigkeit, unstrukturierter Alltag und keine Ideen, was sie Sinnvolles (beispielsweise Ehrenamtliches) mit ihrer vielen Freizeit anstellen könnten. Dazu kommt häufig eine – subjektiv empfundene – mangelhafte Wahrnehmung durch ihr soziales Umfeld. Der Selbstdarstellungswahn durch Selfies auf Facebook und anderen



Foren scheint dieselbe Ursache zu haben. Leider ist es meist eine Frage der (geografischen) Chancen, in welche Richtung verunsicherte junge Leute abdriften. Leben sie in Magdeburg, finden sie sich eher im rechtsextremen Sammelbecken, leben sie in Dinslaken-Lohberg, eher im Salafismus-Lager.

Es gibt Politiker, die meinen, man müsse den Pegida-„Spaziergängern“ zuhören. Aber woher kommt es, dass der Unmut über einige politische und gesellschaftliche Verhältnisse sich nicht gegen die verantwortlichen Politiker und Institutionen richtet,

sondern gegen Minderheiten in der Bevölkerung, die mit der verfehlten Familien-, Sozial- und Finanzpolitik gar nichts zu tun haben? Das hatten wir in Deutschland doch alles schon einmal, dass Minderheiten zum Sündenbock gemacht werden, wie kann das jetzt überhaupt wieder hoch kommen? Woher kommen solch nationalistische, rassistische, ja sogar antisemitische Strömungen? Warum werden Menschenrechte in Frage gestellt? Und warum werden auch noch die Meinungs- und Pressefreiheit bedroht, die zu unseren höchsten demokratischen Gütern zählen?! Ich möchte in den Gegenden, wo diese Strömungen besonders stark sind, wirklich nicht leben, schon gar nicht als Zugewanderte! Als ob sich ein Mensch aussuchen kann, wo er oder sie geboren wird!

Das Bundesland Sachsen hat einen Anteil von 0,5 % Muslimen an der Bevölkerung. Sie



sind nicht zu beneiden in solch feindseligem Umfeld. „Wenn ein Stadtbürgertum NICHT weltläufig ist, dann in Dresden“, meint der Dresdner Historiker Klaus-Dieter Henke. Obwohl das Ruhrgebiet im Zweiten Weltkrieg genauso stark zerstört wurde wie Dresden, pflegt es nicht diesen Opfermythos. Und ob das Ruhrgebiet weltläufig ist, mögen die Zugewanderten beurteilen. Aber hier sind schon viele Kulturen und Mentalitäten verschmolzen. Ende

des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sogar die eingewanderten Sachsen, nachdem die Silberbergwerke dort geschlossen wurden!

Immerhin hat sich der Anführer der Pegida-Bewegung, Herr Bachmann, dessen kriminelle Machenschaften in der Vergangenheit seltsamerweise nicht zur Ablehnung in seiner Gefolgschaft führten, mit seinen Hitler-Posen und intoleranten Forderungen gegen



die Religionsfreiheit in Deutschland erfreulicherweise selbst entlarvt. Auch sonst scheint die fremdenfeindliche Front zu bröckeln. Aus Einsicht? Bleibt zu hoffen!

Auch im Westen gibt es Probleme: Dortmund, Aachen, Langen, Bielefeld und andere Städte haben sich leider zu rechten Hochburgen entwickelt. Nach den auffälligen Ermittlungspannen in der NSU-Mordserie, die unter dem peinlichen Etikett

„Dönermorde“ bekannt wurde, gibt es im Dortmunder Stadtrat sogar einen Abgeordneten „Der Rechten“. Und prompt wurde beim Einzug ins Rathaus der Stadt gleich randaliert. Nach dem Einbruch von Neonazis in ein noch unbewohntes Flüchtlingsheim, die auch Aufkleber mit ausländerfeindlichen Botschaften hinterließen, wurde eine „Soko Rechts“ gegründet – endlich! Wie effizient sie arbeiten wird, werden wir sehen und hören.



Und HOgeSA – Hooligans gegen Salafisten – oder „Bekloppte gegen Idioten“ wie ein Kabarettist sie treffend betitelte – sowie die AfD zusammen mit Initiativen wie „ProNRW“, wie steht es mit ihnen? Die Hooligans machen sich aufgrund ihrer gewaltsamen Zerstörungen von öffentlichem und privatem Besitz sowie anderen Ausschreitungen – siehe umgeworfene Polizeiautos, eingeschlagene Schaufenster – ohnehin keine Freunde. Wie AfD und die „Pro...“-Parteien bei den nächsten Wahlen abschneiden, werden wir sehen. Wenn Politiker der etablierten Parteien schon meinen, sie müssten diesen Protestlern zuhören, dann bestimmt nicht wegen ihrer Ablehnung von Einwanderern. Vielleicht sollten sie „dem kleinen Mann auf der Straße“ lieber mal ein Ohr schenken, wenn es um dessen lebensnotwendige Probleme geht, beispielsweise Existenzsicherung im Alter, Versorgung von Kindern

und Betreuung von Senioren zuhause, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes und nachlassende Gesundheitsfürsorge. Stattdessen werden Banken in aller Welt gerettet, die ihren Managern schon wieder horrende Boni zahlen, für ihre „Erfolge“! Mehr Bodenhaftung der Damen und Herren in Berlin würde dem Fremdenhass gewaltig Nährboden entziehen und den rassistischen Parteien die Möglichkeit, diese Probleme zu missbrauchen für ihre menschenverachtende Politik.

Aber bedenkliche Entwicklungen kommen jetzt sogar von höchster Stelle: der deutsche Innenminister Thomas de Maizière hat das Kirchenasyl scharf angegriffen und will es aushöhlen, ein Tabubruch. Inzwischen verhandelt er zusammen mit seinen europäischen Kollegen mit den Mittelmeeranrainern Ägypten und Tunesien über von Europa finanzierte Flüchtlingslager.

Diese sollen verhindern, dass die verzweifelten Menschen dort ihre lebensgefährliche Reise nach Europa überhaupt erst antreten. Europa schottet sich ab, und Deutschland, die größte europäische Volkswirtschaft, ist dabei tonangebend.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: laut einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung hat sich die Willkommens-Kultur in Deutschland gebessert. An der Befragung von TNS Emnid nahmen 2.024 Menschen teil. Die Themen lauteten Freundlichkeit der Bevölkerung gegenüber Zuwanderern, Hilfe in Behörden, Anerkennung von Abschlüssen, Ansiedlung internationaler Unternehmen, Vorteile für Zivilgesellschaft und demografische Entwicklung, aber auch Forderungen nach Integrationsbemühungen seitens der Zugewanderten. Bei allen Fragen war die Zustimmung in Ostdeutschland geringer, trotz des niedrigeren Migrantenanteils.

Noch ein paar Fakten aus der Studie "Südosteuropäische Elendsmigration in Köln" unter Leitung von Professor Thomas Münch: Seit Ende 2013 haben beispielsweise Rumänen und Bulgaren die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Trotzdem gebe es keine Aushöhlung der Sozialsysteme, wie befürchtet. "Niemand verlässt seine Heimat, wie das immer kolportiert wird, um Sozialleistungen zu beantragen." Dies hält er für absolut unbegründet, schon weil einheimische Menschen enorme Schwierigkeiten haben, einen Antrag auf Leistungen zu stellen. „Das sind so Fantasiegebilde – möglicherweise auch, um Stimmung zu machen.“ – Das glaube ich allerdings auch!

In diesem Sinne wünscht sich ein fröhliches und friedliches Zusammenleben von Geflüchteten und Beheimateten in Essen, Deutschland, Europa und dem Rest der Welt –  
*Marion Rehmann.*

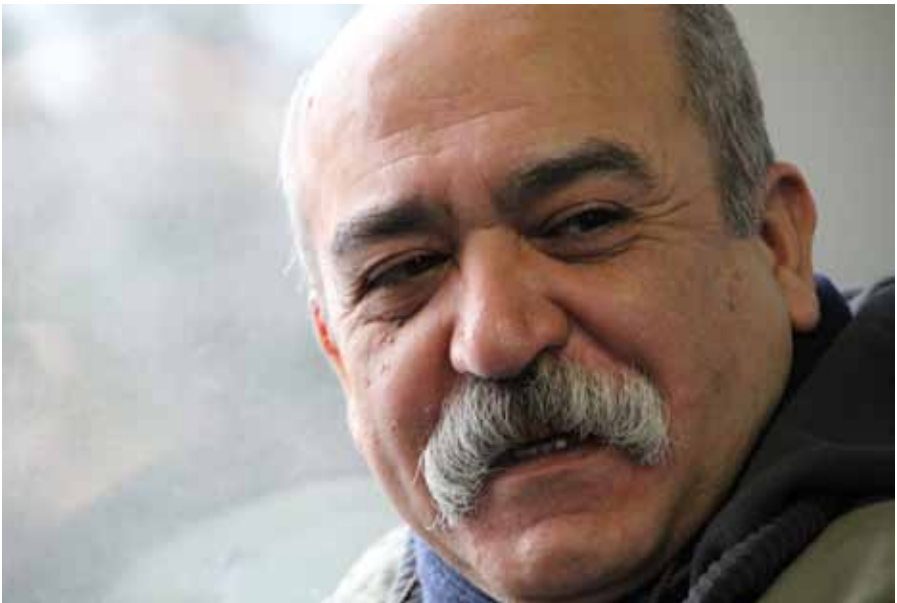
## GESICHTER BEI PROASYL

Hallo und Dorud,

ich bin der neue feste Mitarbeiter bei ProAsyl. Aber auch ein „alter Hase“, denn ich bin schon 17 Jahre in der Flüchtlingsberatung bei ProAsyl tätig und daher Vielen bekannt. Den Übrigen darf ich mich kurz vorstellen: Kaveh Shaoei.

Ich selbst bin vor 22 Jahren aus dem Iran nach Deutschland

geflohen. Erste Erfahrungen in der Verfahrensberatung habe ich in einem deutsch-persischen Kulturverein machen können, den ich mit gegründet habe. Schließlich habe ich vor 17 Jahren beim Antirassismus-Telefon angefangen, wo ich immerhin 10 Jahre hauptamtlich tätig war. Hier bin ich weiter in die Flüchtlingsberatung „hineingewachsen“ und habe sehr viel von Bernd Brack,



einem der Gründer von ProAsyl, gelernt.

Auch danach bin ich ProAsyl treu geblieben und habe mindestens einmal wöchentlich ehrenamtlich Flüchtlinge beraten. Nebenbei habe ich auch Termine in Ämtern mit einigen Klienten wahrgenommen. Vieles kannte ich natürlich aus eigener Anschauung, aber zu dem Formalitäten- und Behördendschubel pflege ich die Maxime: Wichtig ist, den Überblick zu behalten.

Meine eigenen Erfahrungen von Unterdrückung und Verfolgung sowie den entsprechenden Konsequenzen wie auch mit gescheiterten und gelungenen Fluchtversuchen sind für das emotionale Verständnis der Situationen der Ratsuchenden häufig von Vorteil. Auch das Gefühl der ersten fünf Jahre bis zur Arbeitserlaubnis, die Schwierigkeiten mit der neuen Sprache, bei

der meine Tochter meine erste und beste Deutschlehrerin war, die ganze Bürokratie..., all dies kenne ich sehr gut aus eigener Erfahrung.

Natürlich berate ich Zuwanderer aller Nationen. Meine Landsleute gehören allerdings immer noch zu den zehn größten Flüchtlingsgruppen in der Welt, was mich sehr traurig stimmt, auch wenn meine gesamte Familie inzwischen in Deutschland lebt.

Im Rückblick kann ich sagen, dass in meinem Leben bisher immer die Suche der Weg war. Dabei halte ich es für mein persönliches Glück, in Essen und bei ProAsyl gelandet zu sein. Diese Arbeit liegt mir sehr am Herzen und im Team herrscht eine derart herzliche Atmosphäre, dass ich sie nur allen arbeitenden Menschen in aller Welt wünschen kann.

Ihr und Euer – Kaveh Shaoei.



## ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V.

Wir sind ein Zusammenschluss von engagierten Einzelpersonen und Initiativen, der sich seit 1991 gemeinsam mit Asylbewerbern, Flüchtlingen und anderen Migranten für deren Schutz und menschenwürdige Behandlung einsetzt. Der Verein ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V. ist ein eingetragener Verein, der als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt ist.

### Für diese Arbeit brauchen wir noch mehr Schultern

**Ich unterstütze ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V. als Fördermitglied mit**

\_\_\_\_\_ Euro pro Jahr

(Mindestmitgliedsbeitrag 10 €/Quartal)

Die Überweisung/Einzugsermächtigung erfolgt

vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

**Ich wähle folgende Zahlungsweise**

Überweisung/  
Dauerauftrag  Einzugsermächtigung

\_\_\_\_\_ Kreditinstitut

\_\_\_\_\_ Bankleitzahl

\_\_\_\_\_ Name

\_\_\_\_\_ Konto-Nummer

\_\_\_\_\_ Straße

\_\_\_\_\_ Unterschrift

\_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

**ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V.**

Friedrich-Ebert-Str. 30, 45127 Essen, Telefon: 0201-20539

**www.proasylessen.de**

**Spendenkonto** IBAN: DE14 3605 0105 0001 6006 26

BIC: SPESDE3EXXX.

**DANKE**



# ProAsyl Flüchtlingsrat Essen

## **ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V.**

Friedrich-Ebert-Str. 30, 45127 Essen

Telefon: 0201 – 2 05 39

info@proasylessen.de

**www.proasylessen.de**

## **Redaktion:**

Alexander Pott, Inka Jatta, Marion Rehmann

## **Unsere Beratungszeiten:**

### **Formularservice:**

Dienstags und Donnerstags 14 - 18 Uhr

Beratung zum **Asyl- und Ausländerrecht:**

nach telefonischer Vereinbarung

## **Spendenkonto**

Kreditinstitut: Sparkasse Essen

IBAN: **DE14 3605 0105 0001 6006 26**

BIC: SPESDE33XXX

Konto-Nr.: 1 600 626

BLZ: 360 501 05



Diese Publikation gibt die Meinung des Verfassers wieder. Die Kommission ist nicht verantwortlich für die Verwendung der Informationen.

Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanziert.